



Der Kreistag

Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss

Stabsstelle: Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Sachbearbeiter Anette Herzberger
Telefon 0641/9390-1829
E-Mail anette.herzberger@lkgi.de
Gebäude F – Riversplatz 1-9 Zimmer 208
35394 Gießen

Az : 91 000-212

Datum: 28. März 2012

NIEDERSCHRIFT

**über die 7. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses des
Landkreises Gießen am 22. März 2012
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen**

Zu dieser Sitzung wurde mit Schreiben vom 5. März 2012 eingeladen

Sitzungsbeginn 16.40 Uhr
Sitzungsende 19.35 Uhr

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Matthias Klose	Ausschussvorsitzender	
Herr Stefan Bechthold	Kreistagsabgeordneter	
Frau Annette Bergen-Krause	Kreistagsabgeordnete	
Herr Heinz-Peter Haumann	Kreistagsabgeordneter	
Herr Frank Ide	stv. Ausschussvorsitzender	
Herr Matthias Knoche	Kreistagsabgeordneter	
Herr Klaus Peter Moller	Kreistagsabgeordneter	Vertretung Peter Kleiner
Herr Reinhard Peter	Kreistagsabgeordneter	
Herr Peter Pilger	stv. Ausschussvorsitzender	
Herr Erhard Reinl	Kreistagsabgeordneter	
Herr Gerónimo Sánchez Miguel	Kreistagsabgeordneter	
Herr Karl-Heinz Schafer	Kreistagsabgeordneter	

Gruppe Linkes Bündnis

Herr Reinhard Hamel Kreistagsabgeordneter

beratende Ausschussmitglieder

Herr Dennis Stephan	Gruppenvorsitzender
Herr Matthias Tampe-Haverkock	Gruppenvorsitzender
Herr Tim van Slobbe	Kreisausländerbeiratsmitglied

Altestenrat

Herr Alexander Wright	stv Kreistagsvorsitzender
Frau Claudia Zecher	stv Kreistagsvorsitzende
Frau Hiltrud Hofmann	Fraktionsvorsitzende
Herr Horst Nachtigall	Fraktionsvorsitzender
Herr Gunther Semmler	Fraktionsvorsitzender

Kreisausschuss

Frau Anita Schneider	Landrätin	
Herr Dirk Oßwald	hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter	
Frau Dr. Christiane Schmahl	hauptamtliche Kreisbeigeordnete	erkrankt
Herr Dr. Klaus Becker	Kreisbeigeordneter	
Herr Heinz Deibel	Kreisbeigeordneter	
Herr Oliver Meermann	Kreisbeigeordneter	
Herr Gottfried Schneider	Kreisbeigeordneter	
Herr Dr. Gernot Seyfert	Kreisbeigeordneter	
Herr Jan-Eric Walb	Kreisbeigeordneter	

Verwaltung

Herr Thomas Euler	Kreisgremien u Öffentlichkeitsarbeit
Frau Meike Bartz	Kreisgremien u Öffentlichkeitsarbeit
Herr Udo Liebich	Büroleiter Dez I
Frau Eva-Maria Jung	Büroleiterin Dez II
Frau Jutta Heieis	Fachbereich Finanz- u Rechnungswesen
Herr Klaus Formella	Fachdienst Abfallwirtschaft
Frau Dr. Ebsen-Lenz	Leiterin der KVHS
Herr Klaus Dieter Schmitt	Schriftführer

Gäste

Frau Beckers	Verbraucherzentrale
Frau Pertemann	Verbraucherzentrale

Entschuldigt

Herr Andreas Becker	Gruppenvorsitzender
---------------------	---------------------

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Klose, eröffnet die 7. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses. Er begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer und stellt sodann die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest.

Zur Tagesordnung liegen folgende Anträge vor, die in der Tagesordnung wie folgt abgewickelt werden sollen:

1. Dringlichkeitsantrag der CDU vom 02.03.2012 zum Kommunalen Schuttschirm. Hierzu stellt Herr Ausschussvorsitzender Klose fest, dass keine Abstimmung über die Dringlichkeit erfolgen muss, zumal der Tagesordnungspunkt 9 (Kommunaler Schuttschirm des

Landes Hessen) für die heutige Sitzung vorgesehen sei.

2. Initiativantrag der Kreistagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW zum Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zum Kommunalen Schutzschirm Auch dieser Antrag soll unter Tagesordnungspunkt 9 behandelt werden
3. Antrag der Landratin zum Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Gießen zum Haushaltsplan 2012. Dieser Antrag soll unter Tagesordnungspunkt 8 (Genehmigung des Kreishaushaltes 2012 durch das Regierungspräsidium Gießen) beraten werden
4. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW Die Dringlichkeit wird von Herrn Pilger begründet Der Aufnahme dieses Antrages wird einstimmig entsprochen Die Behandlung dieses Antrages erfolgt unter Tagesordnungspunkt 14 Der bisherige Tagesordnungspunkt 14 (Mitteilungen und Anfragen) soll danach behandelt werden.

Der Tagesordnungspunkt 5 (Bürgeranleihen) wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, da bisher noch keine rechtliche Stellungnahme des Regierungspräsidiums zur Möglichkeit des Einsatzes von Bürgeranleihen vorliegt Der Antrag verbleibt damit im Geschäftsgang

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

2. Vorstellung der Verbraucherberatung

Frau Pertemann erläutert die Arbeit und stellt die vielfältigen Beratungsangebote der Verbraucherzentrale Gießen detailliert vor und beantwortet die nach ihrem Vortrag vorliegenden Nachfragen zum Bericht

3. Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010; hier Vorlage des Kreisausschusses vom 26. Januar 2012 (Vorlage Nr. 0336/2012)

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

4. Satzung über die Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen, hier geänderte Vorlage des Kreisausschusses vom 20. Februar 2012 (Vorlage Nr. 0351/2012)

Die im Fachausschuss erbetene Stellungnahme der Stabsstelle Recht (Anlage 1 a) liegt vor Folgende diesbezüglichen Änderungen (und die Änderungswünsche aus dem Fachausschuss) wurden in dem Entwurf

Stand 21. März 2012 (Anlage 1 b) eingearbeitet

- Einfügung eines § 3 Abs. 8 mit dem Wortlaut:

„Die Berufung der Beiratsmitglieder erfolgt durch den Kreisausschuss.“

- Ersatz des Kommaz Zeichens in § 7 Abs. 2 zwischen den Worten „schriftlich“ und „per Email“ durch das Wort „oder“
- Ersatz des Wortes „Stimmenhaltungen“ durch das Wort „Stimmenthaltungen“ in § 7 Abs. 4 Satz 3.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald bittet darum, wegen der Einfügung des § 3 Abs. 8, durch den der Kreisausschuss über die Berufung entscheidet, in § 1 Abs. 3 a das letzte Wort „benannt“ zu ersetzen durch das Wort „vorgeschlagen“.

Dieser Änderungsvorschlag ist in die Änderung eingeflossen

Herr Hamel bittet darum, in § 3 Abs. 1 das Wort „soll“ durch das Wort „besteht“ zu ersetzen und das Wort „bestehen“ zu streichen

Diese Anregung wird von keinem der stimmberechtigten Ausschussmitglieder übernommen, daher findet keine Abstimmung statt

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung über den geänderten Hauptantrag für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

5	Bürgeranleihen; hier Antrag des Kreistagsabgeordneten Reinhard Hamel (Linkes Bündnis) vom 9. Januar 2012 (ehemaliger Haushaltsänderungsantrag 0217/2011-8) (Vorlage Nr. 0321/2012)
---	---

Da noch keine Mitteilung der Aufsichtsbehörde vorliegt, wird der Antrag heute und auch im Kreistag am 26. März 2012 vertagt

6.	Wöchentliche Leerung von Bioabfalltonnen in der warmen Jahreszeit, hier gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 29. Februar 2012 (Vorlage Nr. 0357/2012)
----	---

Der Antrag wird von Herrn Sanchez Miguel begründet

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

- | | |
|---|--|
| 7 | Hilfsmittel aus dem Verhütungsmittelfonds auch für Asylbewerber/innen; hier gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 29. Februar 2012 (Vorlage Nr. 0358/2012) |
|---|--|

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

- | | |
|---|--|
| 8 | Genehmigung des Kreishaushalts 2012 durch das Regierungspräsidium Gießen |
|---|--|

Frau Landratin Anita Schneider legt für den Kreisausschuss einen Initiativantrag (Vorlage 0375/2012) vor, mit dem das am 12. Dezember 2012 vom Kreistag beschlossene Haushaltssicherungskonzept für den Haushalt 2012 geändert werden soll.

Dieser hat folgenden Wortlaut:

„Der Kreistag beschließt in Abänderung seines Beschlusses vom 12. Dezember 2011 das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Gießen für das Haushaltsjahr 2012 in der als Anlage beigefügten (aktualisierten) Fassung.“

Frau Landratin Schneider und Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald begründen die Vorlage, insbesondere mit dem Hinweis auf die Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen, mit der eine Genehmigung der Haushaltssatzung 2012 nicht erteilt wurde. Mit dieser Verfügung wurde der Landkreis Gießen aufgefordert, das erforderliche Haushaltssicherungskonzept gemäß den Anforderungen des § 92 Abs. 4 HGO iVm § 24 Abs. 4 GemHVO-Doppik zu überarbeiten. Erst danach könne eine abschließende Entscheidung über den Genehmigungsantrag zum Haushalt 2012 erfolgen.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Haumann, Herr Gruppenvorsitzender Stephan, Herr Bechthold, Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall, Herr Fraktionsvorsitzender Semmler, Herr Wright, Herr Gruppenvorsitzender Tampe-Haverkock, Frau Fraktionsvorsitzende Hofmann und Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald.

Herr Ausschussvorsitzender Klose unterbricht die Sitzung von 17.50 Uhr bis 18.10 Uhr für eine Lesepause.

Nach der Sitzungsunterbrechung bittet Herr Haumann, heute keine Beschlussempfehlung zu diesem Initiativantrag abzugeben und vor der Kreistagssitzung am 26. März 2012 das aktualisierte Haushaltssicherungskonzept abschließend im HFR zu beraten.

Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall erklärt für die Koalitionsfraktionen die Zustimmung zu diesem Verfahren.

Damit wird die Sitzung des HFR zu diesem Tagesordnungspunkt

unterbrochen und am Montag, dem 26. März 2012 um 17 30 Uhr im Sitzungssaal des Kreistages (Bürgerhaus Lollar) fortgesetzt.

Fortsetzung der HFR-Sitzung am 26. März 2012:

Herr Haumann nimmt zu den folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes Stellung:

- Maßnahme 1 - Stellenplan: Hierzu hatte man aus seiner Sicht auch die beabsichtigte Rekommunalisierung des Reinigungs- und Liegenschaftsmanagements erwahnen müssen
- Maßnahme 2 - Konzentration der Verwaltung/Zusammenlegung von Organisationseinheiten: Zu den Ausführungen, dass die Zahl der Fachbereichsleitungen reduziert werden sollen, bittet Herr Haumann um konkretere Informationen Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald erläutert hierzu, dass gegenwärtig noch keine detaillierten Personalmaßnahmen genannt werden konnten.
- Maßnahme 67 - Freiwillige Leistungen: Herr Haumann kritisiert, dass über den Austritt aus dem Verein „MitteHessen“ nachgedacht werde
- Maßnahme 13 - Reduzierung der Kosten des OPNV. Hierzu merkt Herr Haumann an, dass sich die Kostensenkungen nur durch die Schließung des Standortes der VGO in der *Liebigstraße* ergeben hätten
- Maßnahme 22 - Optimierung des Fuhrparkmanagements. Herr Haumann fragt nach, warum für die Erweiterung des Fuhrparkes auf den Erwerb von gasbetriebenen Fahrzeugen verzichtet werden soll. Hierzu informiert Frau Hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl, dass derzeit auf dem Fahrzeugmarkt keine gasbetriebenen Fahrzeuge zu erwerben seien
- Maßnahme 40 - Gastschulbeiträge für die Stadt Gießen. Herr Haumann kritisiert das Vorhaben des Landkreises, die Gastschulbeiträge an die Stadt Gießen auf Grund der Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu reduzieren
- Herr Haumann kritisiert, dass die Maßnahme auf Seite 23 (Sozialleistungen, die nicht auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen, zu überprüfen) gestrichen wurde. Hierzu teilt Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald mit, dass man selbstverständlich diese Aufgabe im operativen Verwaltungshandeln auch weiterhin pflichtbewusst wahrnehme. Im Haushaltssicherungskonzept wurde diese Maßnahme auf Hinweis des Regierungspräsidiums allerdings herausgenommen, weil hierfür kein konkretes Ziel bzw. Konsolidierungspotenzial benannt werden könne

- Maßnahme 62 - Beantragung einer Zuweisung aus dem Landesausgleichstock. Zur Frage von Herr Haumann zum Verfahrenstand des Antrages teilt Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald mit, dass eine Bewilligung und Auszahlung einer Landeszuweisung in Höhe von 3 328.325 € bereits Anfang des Jahres 2012 erfolgt sei.

Zur Maßnahme 5 (Revision) bittet Herr Stephan dem Protokoll die Neufassung der Vergaberichtlinien beizufügen (**siehe Anlage 2**)

Weitere Fragen von Herr Stephan zu den Maßnahmen 43, 45, 46, 51 und 52 werden von Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Oßwald beantwortet

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen)

9

Kommunaler Schutzschirm des Landes Hessen

Für diesen Tagesordnungspunkt übernimmt der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Pilger, die Sitzungsleitung

Es liegen folgende Anträge zur Beratung vor:

- **Eil-Antrag der CDU-Fraktion vom 2. März 2012 zum kommunalen Schutzschirm**
- **Initiativantrag zum Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion von den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen vom 22.03.2012 mit folgendem Wortlaut:**

„Der Kreistag möge beschließen

Ein Grundsatzbeschluss zur Beantragung von Entschuldungsleistungen und Zinsdiensthilfen nach dem Schutzschirmgesetz (SchuSG) ist nicht erforderlich. Vielmehr bedarf es eines Beschlusses zur weiteren Vorgehensweise, um fristgerecht einen entsprechenden Antrag bis zum 29. Juni 2012 stellen zu können.

Hierfür beschließt der Kreistag

1. Der Antrag auf Erhalt von Entschuldungsleistungen und Zinsdiensthilfen nach dem Schutzschirmgesetz und das auf der Basis des vom Kreistag beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes 2012 beizufügende Konsolidierungsprogramm sind vor Abgabe des Antrages dem Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss vorzulegen.

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss wird ermächtigt, über die Antragstellung zu entscheiden.

2. Der endgültige verbindliche Beschluss über die Teilnahme am kommunalen Schutzschirm und die Zustimmung zu der mit dem Hessischen Finanzministerium abzuschließende Vereinbarung bleibt dem Kreistag vorbehalten.

3. Der Kreistag des Landkreises Gießen äußert seinen Unmut über den Zeitplan.

des Gesetzgebungsverfahrens, der es den Landkreisen aufgrund des noch nicht beschlossenen Gesetzes, des jedoch bereits definierten Antragschlusses 29 Juni 2012, nicht ermöglicht, das Antragsverfahren nach Gesetzesbeschluss mit der gebotenen Grundlichkeit durchzuführen

4 Es wird hiermit nochmals festgestellt, dass ein Haushaltsausgleich mit eigenen Mitteln nicht möglich sein wird, da im Hinblick auf die Finanzierung der Aufgaben der Landkreise ein strukturelles Defizit dauerhaft existiert. Das Land wird aufgefordert, im Rahmen des Verfahrens zum Kommunalen Schutzschirm den Kommunalen Finanzausgleich dahingehend zu verändern, dass das strukturelle Defizit beseitigt wird und die Landkreise in die Lage versetzt werden, mittelfristig einen Haushaltsausgleich herzustellen "

Herr Klose begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Für die Koalitionsfraktionen übernimmt Herr Schafer die Begründung des Initiativantrages.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin Herr Gruppenvorsitzender Stephan, Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall, Herr Hamel, Herr Haumann und Frau Fraktionsvorsitzende Hofmann.

Herr Klose beantragt die getrennte Abstimmung der einzelnen Positionen des Initiativantrages der Fraktion von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Ziffer 1 des Initiativantrages

Zustimmung (einstimmig)

Ziffer 2 des Initiativantrages

Zustimmung (einstimmig)

Ziffer 3 des Initiativantrages

Zustimmung (mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen)

Ziffer 4 des Initiativantrages

Zustimmung (einstimmig)

Gesamter Initiativantrag (wegen Einleitungsformel)

Zustimmung (einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen)

Eil-Antrag (Hauptantrag) der CDU-Fraktion

Ablehnung (mehrheitlich mit 4 Ja-Stimmen bei 8 Gegenstimmen)

- | | |
|----|--|
| 10 | Bericht des Kreisausschusses zu "Widersprüche Kosten der Unterkunft (KdU);
hier Beschluss des Kreistages vom 7. November 2011 |
|----|--|

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis

- | | |
|----|---|
| 11 | Bericht des Kreisausschusses zu "Leistungen für 400-Euro-Job, Aufstocker, Midi- und Minijobber;
hier Beschluss des Kreistages vom 7. November 2011 |
|----|---|

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis

- | | |
|----|---|
| 12 | Bericht des Kreisausschusses über die Arbeit der Kreisvolkshochschule,
hier Beschluss des Kreistages vom 12. Dezember 2012 |
|----|---|

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

Eine Frage von Herrn Hamel zu den Gründen hinsichtlich der Veränderung der sog. Weiterbildungsdichte und der Belegungen der Kurse beantwortet die Leiterin der KVHS, Frau Dr. Ebsen-Lenz, mit Nachfragesteigerungen bei den Integrationskursen (Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache) sowie verschiedenen Schwankungen der Kursbelegungen durch unterschiedliche Gründe (z. B. durch Witterungsverhältnisse im Wintersemester). Dramatische Veränderungen seien allerdings nicht zu verzeichnen

- | | |
|----|--|
| 13 | Anzeigepflicht gem. § 26 a HGO i. V. m. § 18 Abs. 1 HKO,
hier Kenntnisnahme durch den Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss |
|----|--|

Den ordentlichen Mitgliedern des HFR wurde eine Zusammenstellung der erforderlichen Anzeigen gem. § 26 a HGO i. V. m. § 18 Abs. 1 HKO zugeleitet. Es ergeben sich keine Nachfragen.

Damit wird dem Erfordernis der Anzeigepflicht gem. § 26 a HGO Rechnung getragen.

- | | |
|-----|---|
| 14. | Resolution zur neuen RMV-Erlösverteilung,
hier Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 22. März 2012 |
|-----|---|

An der Diskussion beteiligen sich Herr Pilger, Herr Haumann, Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall, Herr Fraktionsvorsitzender Semmler, Herr Kleiner, Herr Wright und Frau Fraktionsvorsitzende Hofmann

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:
Zustimmung (einstimmig)

15. Mitteilungen und Anfragen

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald erstattet folgende Mitteilung:

- Aufnahme eines Kommunalkredites in Höhe von 5.000.000 € bei der Bremer Landesbank, Kreditanstalt Oldenburg (**siehe Anlage 1**).

Anlagen: 1. Aufnahme eines Kommunalkredites
2. Vergaberichtlinien vom 01.11.2011



Matthias Klose
Ausschussvorsitzender



Peter Pilger
Stellv. Ausschussvorsitzender



Klaus Dieter Schmitt
Schriftführer